

res unter 15% zu drücken. An zweiter Stelle nannte Chen Jinhua bereits die Landwirtschaft, die unterstützt werden müßte. Weiterhin seien die Kontrolle über den Anstieg der Anlageinvestitionen, die Reform der Staatsbetriebe sowie die Fiskal- und Finanzmarktrefor-men fortzuführen. Wichtig sei auch die Absicherung der Grundbedürfnisse der Arbeiter und Angestellten, die sich am unteren Einkommensende befänden. (XNA, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 26.8.95, nach SWB, 13.9.95) -schü-

*(26)

"Wanderarbeiter sind fleißiger und genügsamer"

Einem Bericht der Beijinger Zeitung *zhenli de zhuiqui* zufolge hat das Arbeitsamt der Stadt Beijing ein Rundschreiben herausgegeben, in dem 3-Sterne-Hotels zur Einschränkung ihrer nichtlokalen Beschäftigtenzahl aufgefodert wurden. Arbeitskräfte von außerhalb Beijings, die vor der Veröffentlichung des Rundschreibens eingestellt worden waren, könnten zwar bis zum Ende ihres Arbeitsvertrages weiterbeschäftigt werden, müßten dann jedoch in ihre Heimatorte zurückkehren.

Von den insgesamt 3.2985.000 Migranten Beijings sind 80% im sekundären und tertiären Sektor beschäftigt. Die Arbeitskräfte verteilen sich u.a. auf die Branchen Bauindustrie (500.000) sowie auf Textilindustrie, Dienstleistungsbereiche, etc. Weitere rd. 100.000 Arbeitskräfte sind als private Gewerbetreibende tätig und ca. 50.000 arbeiten im Obst- und Gemüseanbau sowie in der Geflügelzucht.

Obwohl die Wanderarbeiter nach Einschätzung von Zhang Baija, Bürgermeister von Beijing, zur wirtschaftlichen Entwicklung Beijings beigetragen hätten, verschärften sie jedoch auch das Problem der Arbeitslosigkeit der lokalen Bevölkerung.

Seit 1992 sind in Beijing im Durchschnitt pro Jahr 15.000 Menschen arbeitslos geworden; 1994 waren dies 19.000. Bei einer kürzlich durchgeführten Untersuchung über die Beschäftigungssituation der rd. 1,7 Mio. in staatlichen und kollektiven Unternehmen arbeitenden Menschen soll deutlich geworden sein, daß rd. 228.000 Arbeitskräfte freigesetzt werden müßten. Nach Statistiken vom Mai 1995 waren von

den 216 Unternehmensschließungen bzw. Quasi-Schließungen in Beijing 84.957 Arbeitskräfte betroffen.

Dem Bericht der *zhenli de zhuiqui* zufolge sollen nunmehr bestimmte Organisationen gefordert haben, daß die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für arbeitslose oder überschüssige Arbeitskräfte das wichtigste Ziel des Beijinger Arbeitsamtes sein müßte. Daß die Realisierung dieser Forderung schwierig sein wird, zeigt die Aussage eines Managers, der ein 3-Sterne-Hotel vertritt. Seiner Erfahrung nach seien die Wanderarbeiter fleißiger als die örtlichen Arbeitskräfte und verlangten gleichzeitig nicht so viel Lohn. Für einen Lohn von 600 bis 700 Yuan würde beispielsweise kein Beijinger mehr arbeiten. (*Zhenli de zhuiqui*, No. 8, Beijing, in Chinese 11.8.95, nach SWB, 27.9.95) -schü-

*(27)

Inflationsdruck für Inlandsprovinzen besonders stark

Auswirkungen der starken Inflation sind vor allem in den Inlandsprovinzen spürbar. Dies zeigt das Beispiel der "Autonomen" Region Innere Mongolei. Auch hier fiel zwar die Inflationsrate im Zeitraum von Januar bis Juni 1995 von 22,6% auf 21,9%, 21,0% und auf 19,8% und erreichte dann 17,1%. Doch liegt das durchschnittliche Einkommen in der Inneren Mongolei wesentlich unter dem Landesdurchschnitt und der Anstieg der Einkommen ist ebenfalls deutlich geringer. So erhöhten sich die Einkommen der städtischen Bevölkerung im 1. Halbjahr 1995 zwar um 20,7%, doch unter Berücksichtigung der Teuerungsrate sanken sie real um 0,8%.

Vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der damit verbundenen realen Einkommensverluste führte die Lokalregierung der Inneren Mongolei Ende Juli eine Konferenz durch, auf der Fragen der stärkeren Kontrolle über die Preisentwicklung diskutiert wurden. Die Preise wichtiger Produkte wie Getreide, Baumwolle, Wasser, Energie, Kohle, raffinierte Erdölprodukte und im Transportwesen seien mehrfach im Rahmen der Preisreform angepaßt worden. Diese Anpassung sei notwendig gewesen zur Belebung der Produktion und für den Handel und auch Voraussetzung für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes innerhalb Chinas.

Andererseits sei die Preissteigerung zu hoch und dauere schon zu lange. Negative Effekte zeige die Inflation nicht nur im Hinblick auf den Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung, sondern auch für Unternehmen, die aufgrund des Preisanstiegs nicht mehr in der Lage sind, Material einzukaufen und deshalb ihre Produktion einstellen müssen. (*Neimengguo Ribao*, Hohhot, in Chinese, 31.7.95, nach SWB, 22.9.95) -schü-

Taiwan

*(28)

Peng Ming-min zum Präsidentschaftskandidaten der Oppositionspartei DPP gewählt

Die größte Oppositionspartei Taiwans, die Democratic Progressive Party (DPP), hat am 25. September Peng Ming-min (72) zu ihrem Kandidaten für die erste direkte Präsidentschaftswahl in Taiwan, die am 23. März 1996 stattfinden soll, offiziell erklärt. Vorausgegangen war ein langwieriges Vorwahlverfahren in zwei Stufen. Bei der Nominierungswahl in der Partei am 16. Juni kamen Xu Xinliang (Hsu Hsin-liang) und Peng Ming-min jeweils mit einem besseren Ergebnis durch als die beiden anderen Bewerber You Qing (Yu Ch'ing) und Lin Yixiong (Lin Yi-hsiung). Von den abgegebenen Kader-Stimmen entfielen 59 auf Xu und 39 auf Peng, die Basis stimmte jedoch mit 11.001 für Peng und mit 9.119 für Xu. Nach dem Gesamtergebnis der ersten Vorwahlstufe lag Xu mit 29 Punkten eine Nase lang vor Peng mit 28 Punkten. (LHB, 12.6.95) In der zweiten Wahlstufe durften alle Wähler ihre Stimme abgeben. Vom 10. Juli bis 24. September fanden in 25 Kreisen und Städten insgesamt 49 Parteiwahlveranstaltungen statt, wobei Peng 177.477 und Xu 129.816 Stimmen auf sich vereinigen konnten. Infolge dieses deutlichen Sieges wurde schließlich Peng als Präsidentschaftskandidat der Partei nominiert. (LHB, 25.9.95; ZYRB, 26.9.95; FCJ, 30.9.95)

Peng, früher Professor für Völkerrecht und Direktor des Instituts für politische Wissenschaft an der Nationalen Universität Taiwan, wurde 1964 wegen der Verteilung eines Manifestes für die Un-

abhängigkeit Taiwans verhaftet und kraft des Notstandsgesetzes vom Militärgericht zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Später kam er durch eine Amnestie des damaligen Präsidenten Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) aus dem Gefängnis, stand aber weiter vier Jahre unter Hausarrest bis zu seiner Flucht 1970 ins Ausland. Zuerst hielt er sich in Schweden auf und dann lange Zeit in den USA. Nach der politischen Liberalisierung unter dem jetzigen Präsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) kehrte Peng 1992 nach Taiwan zurück.

Obwohl Peng häufig als "Papst der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung" bezeichnet wird, zeigte er sich in der Vergangenheit eher als ein Alleingänger denn als Führer. Erst im Februar d.J., also kurz vor der Erklärung seiner Teilnahme am Wettbewerb um die DPP-Nominierung für die Präsidentschaftswahl, ist er in die Partei eingetreten. Es war daher für alle eine große Überraschung, daß er Xu Xingliang, den ehemaligen DPP-Vorsitzenden mit großem Organisationstalent und umfangreicher Wahlerfahrung, bei der Vorwahl schließlich hat schlagen können.

Hauptkontrahent Pengs in der Präsidentschaftswahl ist der amtierende Präsident und Kandidat der Regierungspartei Kuomintang (KMT) Li Denghui. Zwischen beiden gibt es hinsichtlich der Persönlichkeitsstruktur viele gemeinsame Nenner. Beide sind gebürtige Taiwaner gleichen Alters, haben zur gleichen Zeit zuerst in Japan und dann nach dem 2. Weltkrieg weiter an der Nationalen Universität Taiwan studiert, waren Professoren an derselben Universität und damals auch gut befreundet. Ihre politischen Einstellungen sind nicht weit voneinander entfernt, obwohl sie unterschiedlichen Parteien angehören. Angesichts Li Denghuis Machtposition im Regierungsapparat und seinem großen Ansehen bei der Bevölkerung sieht man allgemein nur wenig Chancen für Peng bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl. Es ist jedoch zu bedenken, daß die Regierungspartei bei der Nominierungswahl für den Präsidentschaftskandidaten im August gespalten war (siehe C.a., 1995/8, Ü 31). Im Unterschied zur DPP wurde der KMT-Kandidat nicht von der Basis, sondern von den Parteidelegierten gewählt. Aus Protest gegen eine solche Wahlmethode erklärte Vizeparteivorsitzender Lin Yanggang (Lin Yang-kang), auch ohne Nominierung der Partei selbständig für das Präsidentschaftsamt zu kandidieren. Ferner ist ein

anderer prominenter Politiker, Chen Lü'an (Chen Li-an), aus der KMT ausgetreten, um für das Amt des Präsidenten zu kandidieren; er legte am 23. September auch sein Amt des Kontroll Yuanpräsidenten nieder.

Aufgrund dieser Spaltung der KMT ist es nicht ausgeschlossen, daß der DPP-Kandidat bei der kommenden Präsidentschaftswahl am 23. März nächsten Jahres der lachende Dritte sein könnte. Zu seinem Wahlpartner für die Vizepräsidentschaftskandidatur hat Peng den DPP-Abgeordneten Xie Changting (Frank Hsih) ausgewählt. -ni-

*(29)

Weiter Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße trotz politischer und militärischer Spannungen

Einer Schätzung des Außenhandelsamts des Taipeier Wirtschaftsministeriums zufolge ist das Wertvolumen des über Hongkong abgewickelten "indirekten" Warenaustausches zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland in den ersten sieben Monaten d.J. gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 35,3% auf 12,31 Mrd.US\$ gestiegen ("direkter" Handel zwischen beiden Seiten wird von Taiwan nach wie vor verboten). Während sich Taiwans Ausfuhren nach dem Festland mit 10,43 Mrd.US\$ um 35,5% erhöhten, stiegen die Einfuhren aus dem Festland mit 1,88 Mrd.US\$ um 105%, daraus ergibt sich für Taiwan ein Exportüberschuß von 8,55 Mrd.US\$, 18% mehr als im Vorjahreszeitraum. Das Festland hatte einen Anteil von 16,4% an Taiwans Gesamtexporten, 3,1% an den Gesamtimporten und 9,75% am Gesamthandel (1994: 9,2%, 1993: 8,9%, 1992: 4,3%, 1991: 3%). (ZZ, 8.9.95; LHB, 1.10.95; ZYRB, 2.10.95; *Taiwan Aktuell*, München, 5.10.95)

Nach jüngsten Angaben des Finanzministeriums in Taipei belief sich Taiwans Handel mit Hongkong in den ersten acht Monaten d.J. auf 18,4 Mrd.US\$, die Handelsbilanz wies einen Überschuß von 16,04 Mrd.US\$ auf, 28% mehr als vor einem Jahr. Der Gesamt-außenhandel Taiwans hatte aber im selben Zeitraum mit Exporten in Höhe von 73,4 Mrd.US\$ (+23,9%) und Importen in Höhe von 69,92 Mrd.US\$ (+26,4%) nur einen Überschuß von 3,48 Mrd.US\$ (-10,9%) zu verzeichnen. (SCMP, 8.9.95) Ohne den Über-

schuß gegenüber Hongkong habe Taiwan in diesem Jahr bis Ende August wie in den letzten Jahren ein großes Defizit hinnehmen müssen. Es wird geschätzt, daß es sich bei Taiwans Handel mit Hongkong zu rd. 80% um den "indirekten" Warenaustausch zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße handelt.

Der übermäßige Handelsüberschuß Taiwans gegenüber dem Festland ist darauf zurückzuführen, daß Taiwan einerseits die Wareneinfuhr vom Festland noch stark einschränkt, aber andererseits infolge der zunehmenden Investitionen taiwanesischer Unternehmen auf dem Festland die Lieferungen von Industrierohstoffen und Halbfabrikaten nach drüben stetig wachsen. Für das ganze Jahr 1995 erwartet das Außenhandelsamt im "indirekten chinesisch-chinesischen Handel" einen Exportüberschuß von rd. 15 Mrd.US\$, nach 12 Mrd.US\$ im letzten Jahr. (LHB, 1.10.95)

Politisch ist jedoch die Lage zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße gespannt. Auf den Druck Beijings hin hat der Lenkungsausschuß der UNO-Vollversammlung zum drittenmal einen von den taiwanfreundlichen Staaten eingereichten Antrag abgelehnt, eine Rückkehr der Republik China (Taiwan) in die Weltorganisation zur Debatte auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Die chinesische Regierung in Beijing, die Taiwan als eine ihrer Provinzen betrachtet, wirft Taipei vor, mit dem Versuch zur Rückkehr in die UNO zwei chinesische Staaten oder eine Unabhängigkeit Taiwans von China zu schaffen.

Als Reaktion auf die USA-Reise von Präsident Li Denghui im Juni d.J. hatte Beijing, wie berichtet (C.a., 1995/6, Ü 30, 1995/7, Ü 24, 1995/8, Ü 30), in den vergangenen zwei Monaten eine Reihe militärischer Manöver einschließlich Mittelstreckenraketen-Schießübungen in der Taiwan-Straße unternommen. Weitere Kriegsmanöver der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) werden erwartet, weil angesichts der bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf Taiwan im Dezember d.J. und im März kommenden Jahres die Parteien in Taiwan wieder laut über die Zukunft der Insel streiten.

Auch Taiwan will durch neue Militärmanöver in den kommenden Monaten seine Verteidigungskraft demonstrieren.

Im Berichtsmonat sind vier in den USA erworbene Flugzeuge des Typs E-2T mit dem Frühwarnsystem AWACS (Gesamtkosten 745,5 Mio.US\$) auf der Insel eingetroffen. (SWB, 1.10.95) Am 19. September wurde eine neue Patrouillenflotte der Marine mit Fregatten der Knox-Klasse in Betrieb genommen. (CP und LHB, 20.9.95) Eine Wiederaufnahme der inzwischen unterbrochenen Kontakte zwischen den zwei halbamtlichen Organisationen SEF (Straits Exchange Foundation) von Taiwan und ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Strait) des Festlands ist noch nicht in Sicht.

Die politischen und militärischen Spannungen sollen aber nach dem Willen beider Seiten die Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen nicht beeinflussen. Während Beijing wiederholt den Schutz der Interessen taiwanesischer Investoren auf dem Festland betont (XNA, 8. und 27.9.95), erklärte das Außenhandelsamt in Taipei am 18. September, Taiwan wolle den Markt für Importwaren aus dem Festland Ende d.J. breit dimensioniert weiter liberalisieren (LHB, 19.9.95). Gleichzeitig gab die Investitionskommission des Wirtschaftsministeriums in Taipei die Genehmigung für Investitionen in 14 neue Großprojekte taiwanesischer Unternehmen auf dem Festland in einem Gesamtwert von 56 Mio.US\$ bekannt. (SCMP, 19.9.95) Zum ersten Mal haben zwei große Staatsunternehmen beider Seiten, die Steel Corporation von Taiwan und das Shanghai Baoshan Iron & Steel Complex (Baogang) vom Festland, im September einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. (FT, 22.9.95; AWSJ, 22./23.9.95) Auch eine andere große staatliche Firma Taiwans, die Chinese Petroleum Corp. (CPC), ist bereit, zusammen mit der Ölindustrie des Festlands im Südchinesischen Meer Erdöl zu erschließen. (ZZ, 8.9.95; SCMP, 7.9.95)

Nach offiziellen statistischen Angaben der Regierung Taipei haben taiwanische Firmen in den ersten sechs Monaten d.J. 590 Mio.US\$ auf dem Festland investiert, 35% mehr als im Vorjahreszeitraum, wobei die Zahl der Investitionsobjekte jedoch um 49% auf 271 gesunken ist. Dies bedeutet, daß an den Investitionen mehr Großunternehmen als vorher beteiligt waren. Im Zeitraum 1988-1994 beliefen sich - weiter den offiziellen Angaben Taipeis zufolge - die Investitionen Taiwans auf dem chinesischen Festland auf 10.764 Projekte mit einem Gesamtwertvolumen von 4,5

Mrd.US\$, was 35% aller Auslandsinvestitionen Taiwans im selben Zeitraum entspricht. (DGB, 21.9.95) Dabei haben viele taiwanische Unternehmen ihre Investitionen auf dem Festland aus politischen Bedenken den eigenen Regierungsstellen gar nicht gemeldet. Inoffiziell wird geschätzt, daß bislang insgesamt 25.000 taiwanische Unternehmen über 20 Mrd.US\$ auf dem Festland investiert haben. Unter allen ausländischen Investoren in der VRCh steht Taiwan nach Hongkong an zweiter Stelle. (*Die Zeit*, 8.9.95) -ni-

*(30)

Zunahme ausländischer Investitionen und Abnahme der Auslandsinvestitionen Taiwans

Trotz des politischen Disputs und der militärischen Anspannungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße seit drei Monaten haben ausländische Investoren verstärkt ihr Vertrauen in Taiwan gesetzt, während die taiwanischen Investitionen im Ausland merklich abgenommen haben. Die Investitionskommission des Taipeier Wirtschaftsministeriums hat im August Investitionen aus dem Ausland in Höhe von 293,1 Mio.US\$ und Auslandsinvestitionen taiwanischer Unternehmen (ohne das chinesische Festland) in Höhe von 62,1 Mio.US\$ genehmigt, 63,52% mehr bzw. 31,18% weniger als im Vormonat. Im achtmonatigen Zeitraum von Januar bis August sind die von der Kommission genehmigten Investitionen aus dem Ausland kumulativ auf 1,48 Mrd.US\$ gestiegen, 60% höher als im Vorjahreszeitraum, während diejenigen taiwanischer Investoren um 21% auf 909,5 Mio.US\$ gefallen sind.

Die USA sind der größte ausländische Investor in Taiwan und gleichzeitig auch der größte Standort (abgesehen vom chinesischen Festland) taiwanischer Auslandsinvestitionen. Die US-Investitionen in Taiwan betragen in den ersten acht Monaten d.J. insgesamt 452,52 Mio.US\$, während Taiwan in diesem Zeitraum 191,51 Mio.US\$ in den USA investierten, 203% bzw. 91% mehr als vor einem Jahr.

Entgegen den fallenden Trend haben Taiwans Investitionen auch in Südostasien in diesem Zeitraum erheblich zugenommen, und zwar in den Philippinen in Höhe von 31,18 Mio.US\$ (+267%), Indonesien 31,92 Mio.US\$ (+205%), Vietnam 72,57 Mio.US\$ (+38%) und Malaysia 61,9 Mio.US\$

(+31%). Taiwans Investitionsvolumen auf dem chinesischen Festland stieg währenddessen um 13% auf 737 Mio.US\$, beim Monatsvergleich lag es jedoch nach taiwanesischen offiziellen statistischen Angaben im August mit 63,44 Mio.US\$ um 26,39% niedriger als im Juli. Experten führen diesen Rückgang auf die derzeit angespannte Lage zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zurück. (SCMP und AWSJ, 7.9.95; FCJ, 15.9.95) Allerdings sind viele Investitionen auf dem Festland von den Unternehmen aus politischen Bedenken - gerade in der jetzigen Situation - bei der Regierung nicht gemeldet. (Vgl. hierzu die Übersicht zu den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße in diesem Heft.)

Daß die ausländischen Investoren ihr Vertrauen in Taiwan nicht durch die angespannten Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße verloren haben, zeigt sich auch auf dem Aktienmarkt. Bis zum 26. September hatten ausländische Investmentinstitute kumulativ dort 3,28 Mrd.US\$ angelegt und nur 1,68 Mrd.US\$ für Aktienkäufe im Ausland vermittelt. (AWSJ, 28.9.95) -ni-

Hongkong und Macau

*(31)

Sieg der demokratischen Kräfte Hongkongs bei Parlamentswahlen

Am 17. September wurde der Legislativrat (Parlament) Hongkongs neu zusammengesetzt. Die insgesamt 60 Mitglieder des Hauses wurden wie folgt gewählt: 20 direkt vom Volk aus geographischen Wahlkreisen, 30 von den Mitgliedern aus verschiedenen Gesellschaftsorganisationen (functional constituencies) und 10 von einem Wahlkomitee, das aus den Abgeordneten der Bezirksräte besteht. Sieger ist die DP (Democratic Party) mit 19 errungenen Sitzen im neuen Legislativrat, davon sind 12 direkt, 5 durch die Gesellschaftsorganisationen und 2 durch das Wahlkomitee gewählt worden. Die LP (Liberal Party) errang 10 Sitze (1, 9 und 0), die DAB (Democratic Alliance for Betterment of Hong Kong) und die Gewerkschaften zusammen 7 (2, 3 und 2), die ADPL (Association for Democracy and People's Livelihood) 4 (2, 1